



COMMENTAIRE DE JURISPRUDENCE NUMÉRIQUE APERÇU MENSUEL, OCTOBRE 2020, VOL. 113

Des expertes et experts renommé(e)s commentent la
jurisprudence actuelle de manière précise et exacte.

DROIT DE PROTECTION DE L'ENFANT ET DE L'ADULTE

Entscheid des Gerichts über eine Masernimpfung bei Uneinigkeit der Eltern

Linus Cantieni

Können sich sorgeberechtigte Eltern nicht einigen, ob beim Kind eine Masernimpfung durchzuführen ist oder nicht, liegt ein Anwendungsfall von Art. 307 Abs. 1 ZGB vor. Die zuständige Behörde hat dann anstelle der Eltern zu entscheiden. Dabei hat sie in pflichtgemässer Ausübung ihres Ermessens alle für die Beurteilung wesentlichen Elemente zu berücksichtigen. Empfiehlt das BAG als fachkompetente Bundesbehörde die Durchführung einer Masernimpfung, soll dies Richtschnur für den Entscheid sein. Eine Abweichung rechtfertigt sich nur, wenn sich die Impfung aufgrund der besonderen Umstände des konkreten Falls nicht mit dem Kindeswohl verträgt.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral [5A_789/2019](#) du 16 juin 2020, destiné à publication
Publié le 12 octobre 2020

DROIT DES ASSURANCES SOCIALES

Hilflosenentschädigung in der Invalidenversicherung

Anspruch auf eine lebenspraktische Betreuung nach Art. 38 IVV bei Aufenthalt in einer Einrichtung für begleitetes Wohnen

Daniel Donauer / Saskia Markiewicz

Das Bundesgericht hatte im vorliegenden Entscheid zu beurteilen, inwiefern die Wohnsituation des begleiteten Wohnens (Bewo) als Heim i.S.v. Art. 35ter IVV und damit als Ausschluss für den Anspruch auf eine leichte Hilflosenentschädigung in Form einer lebenspraktischen Begleitung qualifiziert werden kann. Es kam zum Ergebnis, dass für die Bejahung des einer Institution zukommenden Heimcharakters eine gewisse minimale Intensitätsschwelle erreicht werden müsse, die anhand des Einzelfalls zu eruieren sei.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral [9C_763/2019](#) du 17 août 2020, destiné à publication
Publié le 29 octobre 2020

Leistungskoordination im schweizerischen Sozialversicherungsrecht

Anmelde- und Mitwirkungspflichten des unfallversicherten Arbeitnehmers nach Art. 51 Abs. 2 UVV

Daniel Donauer / Saskia Markiewicz

Vorliegend hat sich das Bundesgericht mit der Anmeldepflicht nach Art. 51 Abs. 2 UVV auseinandergesetzt. Gemäss Bundesgericht beinhaltet diese nicht nur eine Verpflichtung zur Anmeldung, sondern auch die Pflicht des Versicherten, in jedem Verfahren bezüglich der Feststellung des Leistungsanspruches entsprechend mitzuwirken. Die Aufforderung zur Anmeldung bei einer anderen möglicherweise leistungspflichtigen Versicherung kann mehrmals und nach erstmaliger Leistungszusprache erfolgen.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral [8C_72/2020](#) du 26 août 2020, destiné à publication
Publié le 29 octobre 2020

DROIT DES CONTRATS

Unterlassene Offenlegung von Warning Letters in der Due Diligence

Andrea Futter / Dario Galli / Markus Vischer

In seinem Urteil 4A_445/2019 vom 18. Februar 2020 bestätigte das Bundesgericht seine Rechtsprechung, dass bei einem Gesellschaftskauf (Share Deal) die Gesetzesbestimmungen über den Fahrniskauf (Art. 187 ff. OR) anwendbar sind. Es stellte zudem erneut fest, dass sich die gesetzliche Sachmängelhaftung nicht auf die Vermögenswerte der Gesellschaft bezieht, sondern bloss auf den Bestand und den Umfang der mit den Aktien veräusserten Rechte. Für den wirtschaftlichen Wert der Aktien haftet laut Bundesgericht ein Verkäufer gemäss Art. 197 Abs. 1 OR nur dann, wenn er dies dem Käufer zugesichert hat.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral 4A_445/2019 du 18 février 2020
Publié le 28 octobre 2020

Keine culpa in contrahendo-Haftung bei gescheitertem Geschäftsübertragungsvertrag

Kristin Ebner / Dario Galli / Markus Vischer

In seinem Urteil 4A_313/2019 vom 19. März 2020 entschied das Bundesgericht, dass die Beklagten den Klägern nicht aus culpa in contrahendo haften, wenn die Kläger für das Scheitern der Vertragsverhandlungen verantwortlich sind.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral 4A_313/2019 du 19 mars 2020
Publié le 13 octobre 2020

Garantie versus eigene Leistungsverpflichtung beim Unternehmenskauf

Jasmin Eicher / Dario Galli / Markus Vischer

In seinem Urteil 4A_24/2020 vom 26. Mai 2020 entschied das Bundesgericht, dass die vertragliche Pflicht des Aktienkäufers, eine Dividende zu beschliessen und dem Aktienverkäufer auszubezahlen, als Garantie i.S.v. Art. 111 OR gelte. Es entschied weiter, dass diese vertragliche Pflicht dem Aktienverkäufer einen persönlichen Anspruch gegenüber dem Aktienkäufer einräume, wenn die Dividende nicht beschlossen und an ihn ausbezahlt werde.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral 4A_24/2020 du 26 mai 2020
Publié le 13 octobre 2020

DROIT DES ÉTRANGERS

Verbleiberecht aufgrund des FZA bei teilweise dauernder Arbeitsunfähigkeit

Astrid Epiney

Das Bundesgericht hatte sich zur Frage zu äussern, ob bzw. unter welchen Voraussetzungen einem Arbeitnehmer aus einem EU-Mitgliedstaat im Falle einer teilweise dauernden Arbeitsunfähigkeit ein Verbleiberecht zusteht. Es verneinte diese Frage, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass im Falle der Unmöglichkeit einer echten und tatsächlichen Tätigkeit sowie der Unzumutbarkeit der Aufnahme einer Arbeitstätigkeit gleichwohl ein Verbleiberecht anzunehmen sei. Dieser Ansatz lässt sich durchaus begründen, wobei die Erwägungen des Bundesgerichts aber auch einige Fragen aufwerfen.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral 2C_108/2020 du 10 juillet 2020, destiné à publication
Publié le 05 octobre 2020

DROIT DES SOCIÉTÉS ET DROIT DES MARCHÉS FINANCIERS

Membership of an association: contract and status

Grégoire Geissbühler

Joining an association implies the conclusion of a « contract of status » between the future member and the association, the former agreeing to join the latter, and the latter agreeing to receive him or her into its ranks. The ability to participate in the decisions of the association or to request the convening of a general assembly depends on membership, and it is preferable for the association to keep a register of members, to avoid uncertainties and disputes in this regard.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral 5A_142/2019 du 29 avril 2020
Publié le 21 octobre 2020



DROIT DES SUCCESSIONS

Erbunwürdigkeit und Beweislast des arglistigen Verhaltens

Julia Henninger

Wer die Erbunwürdigkeit nach Art. 540 Abs. 1 Ziff. 3 ZGB geltend macht, hat das arglistige Verhalten zu beweisen. Im konkreten Fall vermag die Tochter des Erblassers nicht zu beweisen, dass ihre Schwester eine Erkrankung an Multipler Sklerose vorgetäuscht und damit arglistig i.S.v. Art. 540 Abs. 1 Ziff. 3 ZGB gehandelt hat.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral [5A_734/2019](#) du 28 juillet 2020
Publié le 29 octobre 2020

Erteilung der Willensvollstreckerbescheinigung

Stefan Birrer

Willensvollstreckerbescheinigungen mit dem Vorbehalt einer erhobenen Einsprache zu versehen, ist nicht willkürlich, auch wenn sich eine Einsprache nicht gegen die Einsetzung der Willensvollstreckerin an sich gerichtet hat.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral [5A_804/2019](#) du 18 mars 2020
Publié le 27 octobre 2020

Vorversterben eines eingesetzten Erben

Felix Horat

Das Bundesgericht hatte sich im besprochenen Entscheid mit einer Konstellation zu befassen, in welcher sowohl die testamentarisch ausgeschlossene Schwester der Erblasserin wie auch der neben der anderen Schwester - an ihrer Stelle eingesetzte Erbe vorverstorben waren und die Erblasserin keine Ersatzverfügung getroffen hatte. Diesfalls ist mittels Auslegung des Testaments nach dem Willensprinzip zu ermitteln, wer an die Stelle des eingesetzten Erben tritt, wobei es sich bei den Umständen, aus denen sich der Wille ergibt, um Tatfragen handelt. Subsidiär treten die gesetzlichen Erben an die Stelle des Eingesetzten (Art. 481 Abs. 2 ZGB analog).

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral [5A_799/2019](#) du 14 mai 2020
Publié le 12 octobre 2020

DROIT DU TRAVAIL

Öffentliches Dienstverhältnis, öffentliches Personalrecht

Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Gerhard Hauser

Der Kanton Schwyz regelt für seine Angestellten die Kündigung zur Unzeit nahezu wörtlich gleich wie Art. 336c OR, doch werden die Sperrfristen, entgegen der Praxis zum OR, nicht kumuliert, wenn jemand zweimal erkrankt. Eine solche Auslegung des kantonalen Rechts ist gemäss Bundesgericht willkürfrei möglich und eine subsidiäre Anwendung des OR kommt nicht zum Tragen, wenn die kantonale Regelung eine Frage vollständig regelt.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral [8C_275/2020](#) du 06 août 2020
Publié le 12 octobre 2020

DROITS RÉELS

Regressforderung aus Miteigentum (Art. 649 Abs. 2 ZGB)

Einstufung von einer wöchentlich zweimaligen Reinigung einer Wegparzelle nicht als «gewöhnliche Verwaltungshandlung» gemäss Art. 647a ZGB

Philipp Eberhard

Die dem vorliegenden Bundesgerichtsurteil 5A_175/2019 vom 13. Mai 2020 zugrunde gelegte Streitfrage bezog sich auf die mit der Reinigung einer im Miteigentum stehenden Strassenparzelle verbundenen Reinigungskosten von CHF 15'000 pro Jahr, für welche bislang immer ein einzelner Miteigentümer aufgekommen war. Dieser forderte eine anteilmässige finanzielle Beteiligung der anderen Miteigentümer, was das Bundesgericht nicht schützte, da diese nicht als «gewöhnliche Verwaltungshandlung» zu qualifizieren und auch nicht von seiner individuellen Handlungskompetenz gedeckt war.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral 5A_175/2019 du 13 mai 2020

Publié le 29 octobre 2020

PROCÉDURE CIVILE

Rechtsfolgen der sachlichen Unzuständigkeit der Schlichtungsbehörde

Martina Patricia Steiner / Fabienne Bretscher

Das Bundesgericht hat eine in der Lehre kontrovers diskutierte Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung beantwortet und stellt klar, dass die paritätische Schlichtungsbehörde in Mietsachen bei offensichtlicher sachlicher Unzuständigkeit einen Nichteintretensentscheid fällen darf. Wenn sich aus den Behauptungen der klagenden Partei ergibt, dass keine Streitigkeit aus Miete oder Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen vorliegt, kann die Schlichtungsbehörde das Verfahren auch dann mit einem prozessualen Endentscheid beenden, wenn sie nur schlichtend und nicht entscheidend im Sinne von Art. 210 ff. ZPO tätig ist.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral 4A_191/2019 du 05 novembre 2019, destiné à publication

Publié le 27 octobre 2020

Rechtsfolgen der örtlichen Unzuständigkeit der Schlichtungsbehörde

Martina Patricia Steiner / Fabienne Bretscher

Das Bundesgericht hat sich mit den Rechtsfolgen der örtlichen Unzuständigkeit der Schlichtungsbehörde auseinandergesetzt und stellt klar, dass die Schlichtungsbehörde einen Nichteintretensentscheid treffen darf, sofern sie offensichtlich unzuständig ist und entweder ein teil-/zwingender Gerichtsstand besteht oder die Zuständigkeit bestritten wird. Stellt die Schlichtungsbehörde trotz örtlicher Unzuständigkeit eine Klagebewilligung aus, kann die beklagte Partei sich vor Gericht nur dann auf den Mangel berufen, wenn sie nicht am Schlichtungsverfahren teilgenommen oder in diesem Rahmen bereits die Unzuständigkeitseinrede erhoben hatte.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral 4A_400/2019 du 17 mars 2020, destiné à publication

Publié le 27 octobre 2020

Les nouveautés juridiques les plus récentes sont résumées
pour vous dans les Blogs.

DROIT DE LA CONSTRUCTION ET DE L'IMMOBILIER

L'entrée en vigueur du plan directeur du canton de Fribourg

Tobias Sievert

Wohnsiedlung Friesenberg / Überwiegende Interessen am Erhalt der Gründersiedlung

Fabian Klaber

Le plan d'affectation spécial lié à un projet de résidences secondaires (art. 26 al. 1 LRS)

Tobias Sievert

DROIT DE LA PROPRIÉTÉ INTELLECTUELLE

DO-TANK
Nicolas Guyot



DROIT DES CARTELS

Zusammenschlussvorhaben Tamedie/Adextra - Meldepflicht gemäss Art. 9 Abs. 4 KG
Martin Rauber

DROIT DES CONTRATS

Werkvertrag, Beurteilung der Übermässigkeit der Kosten der Nachbesserung
Martin Rauber

DROIT DES ÉTRANGERS

Le droit d'être entendu de l'enfant dans le cadre d'une demande de regroupement familial
Marion Chautard

DROIT DU TRAVAIL

L'annulation du licenciement immédiat d'un policier genevois
Marie-Hélène Peter-Spiess

DROIT INTERNATIONAL PRIVÉ ET ARBITRAGE

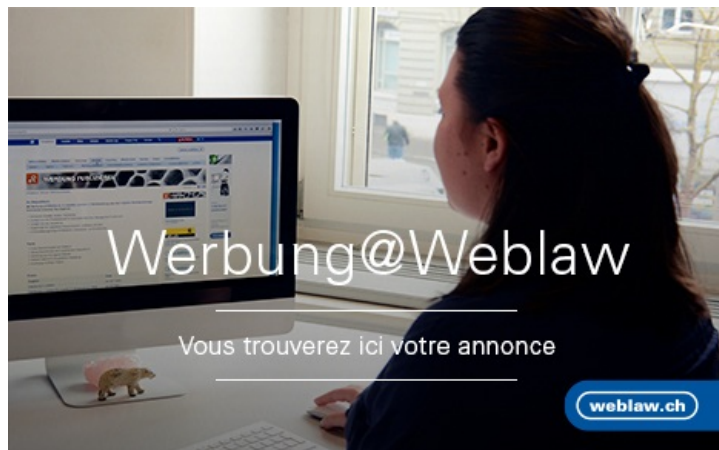
CAS award upheld in UEFA disciplinary case (Swiss Supreme Court)
Philippe Bärtsch / Simon Demaurex

CAS award in Caster Semenya case not contrary to substantive public policy (Swiss Supreme Court)
Marco Vedovatti / Luka Groselj

Challenge against interim award inadmissible (Swiss Supreme Court)
Nathalie Voser / Konrad Staeger

Swiss Supreme Court dismisses revision application based on evidence discovered during US discovery proceedings
Anya George / Alice Williams

Interne Schiedsgerichtsbarkeit / Anfechtung eines Schiedsspruchs
Michael Feit



PROCÉDURE PÉNALE

Le recours en matière pénale est irrecevable en l'absence de procuration
Quentin Cuendet

Principe de la transparence et séquestre pénal
Fabio Burgener

Le paiement de l'amende comme acte concluant entraînant le retrait de l'opposition à une ordonnance pénale
Quentin Cuendet

La détention pour des motifs de sûreté fondée sur le risque de récidive en cas de trafic de haschich
Marion Chautard

EDITIONS WEBLAW

Le CJN rassemble des commentaires de jurisprudence rédigés par plus de 100 spécialistes, issus d'une trentaine de domaines juridiques. Les commentaires des experts font l'objet d'une évaluation par les pairs qui, réalisée par une rédaction renommée, permet de garantir un niveau de qualité élevé.

Outre les commentaires d'experts, le CJN abrite également des articles de blog. La responsabilité de ces articles incombe aux auteurs et propriétaires des blogs - [Liste des blogs](#)

Le CJN est proposé individuellement et dans le cadre du portail d'informations et de recherches Push-service des arrêts. Les commentaires peuvent être cités par une proposition de citation et des notes marginales.

Statistique :
Abonnés au "Commentaires de jurisprudence numérique (CJN)" : 8589

Informations et **impressum** :
info@weblaw.ch | T +41 31 380 57 77

ISSN 1663-9995, Editions Weblaw.

Inscription et changement d'adresse : Login à <https://register.weblaw.ch>. En suivant les onglets «Modifier ses données personnelles» et ensuite «Adresse mail» il est possible de changer son adresse e-mail ou d'annuler l'abonnement à la newsletter du Push-Service des arrêts.

Prière de ne pas répondre à cet e-mail. Si vous désirez prendre contact avec nous, veuillez utiliser les données de contact indiquées.

<https://cjn.weblaw.ch>



